

und sich gegen den von der liberalen Wirtschaft bestimmten Staat durchsetzen mußten. Es ist eigentümlich und nicht ohne weiteres zu erklären, daß gerade in den Entwicklungsländern (Lateinamerika und Französisch-Afrika), wo sich die freie Genossenschaft gegen den Staat durchsetzen muß, sie ähnliche Tendenzen aufweist wie die Genossenschaften in den europäischen und nordamerikanischen Ländern heute: den Trend zur Großorganisation (fallende Zahl der Kooperativen bei insgesamt steigenden Mitgliederzahlen), die Vorrangigkeit der Verbraucher-genossenschaften, stärkere Entwicklung der Dienstleistungsgenossenschaften, ferner der Wohnungsbaukooperativen (letzteres gilt mit Sicherheit für die lateinamerikanischen Länder).

Das Verhältnis zwischen Staat und Genossenschaft

In den Entwicklungsgebieten jedoch, wo der Staat die Entwicklung der genossenschaftlichen Arbeit eingeleitet hat und sie laufend fördert (in Britisch-Schwarzafrika wie in fast allen mittel- und ostasiatischen Staaten), liegt der Schwerpunkt der Entwicklung auf den landwirtschaftlichen Absatz- bzw. Kreditgenossenschaften. Die Tendenz ist eindeutig auf eine Steigerung der agrarischen Produktivität gerichtet. Inwieweit dabei im einzelnen mit Zwangsmitteln gearbeitet wird, ist schwer zu entscheiden. Es darf aber angenommen werden, daß zumindest die Mittel des indirekten Zwanges in einzelnen asiatischen Ländern bei der Bildung von Kooperativen angewandt werden (Ceylon, Burma, Syrien/Ägypten, Irak, auch in Indien). Unter sittlichen Gesichtspunkten kann — wie Nell-Breuning (vgl. Staatslexikon III/758) ausgeführt hat — gegen öffentlich-rechtliche Zwangsgenossenschaften nichts eingewendet werden, solange echte Notstände bestehen, d. h. Nöte gemeistert werden müssen, wozu die Mitwirkung aller Betroffenen erforderlich ist. Das gilt sicher für alle Entwicklungsländer, die Hungergebiete sind. „Wo dieser Rechtszwang nur eine sittliche Pflicht positiviert, widerspricht er auch dem freiheitlichen Grundzug der Genossenschaften nicht“ (Nell-Breuning). Indessen zeigt sich an ganz bestimmten Beispielen, wie z. B. den Durchführungsverordnungen der Landreformen in Syrien oder in Burma (einem freiheitlichen Lande), wie schmal der Grat zwischen freiheitlicher und totalitärer Zwangswirtschaft ist. Das gilt vor allem dann, wenn sich der Staat — und auch das ist in sehr vielen asiatischen Ländern der Fall — der genossenschaftlichen Organisationen bedient, nicht nur um eine noch nicht vorhandene wirtschaftliche Gesellschaft aufzubauen, sondern um den einzelnen über die Organisation der Genossenschaft zu erreichen. Für die rechte Beurteilung der genossenschaftlichen Entwicklung gerade in Asien darf man nicht außer acht lassen, daß für ihren weiteren Weg entscheidend sein wird, ob die an sie geknüpften wirtschaftlichen Erwartungen sich erfüllen. Sowjetrußlands Aufstieg von einem Entwicklungsland zu einer wirtschaftlichen Weltmacht fasziniert die asiatischen Völker (zumindest die Führungsschichten). Wenn auch die kommunistische Ideologie abgelehnt wird, ja überhaupt nicht interessiert, so reizen doch die Methoden, die zu den wirtschaftlichen Erfolgen geführt haben (Nasser). Und eine der wichtigsten Methoden der Sowjets bei der Entwicklung ihres Landes war die Zwangsgenossenschaft, aus der später die Kolchose wurde. Die Voraussetzungen der genossenschaftlichen Entwicklungen in den asiatischen

Ländern unterschieden sich zudem tiefgreifend von denen der europäischen Völker des 19. Jahrhunderts. Es ist noch nicht mit Sicherheit ausgemacht, ob die immer wieder aufgestellte Behauptung auch für die asiatischen Entwicklungsländer gilt, daß in dem Maße, wie sich eine freiheitliche Wirtschaft etabliert und stabilisiert, die genossenschaftliche Wirtschaftsform an Wirkkraft zugunsten des freien privaten Unternehmertums verliert bzw. ihre Aufgabe verlagert. Die rasche, fast überstürzte Entwicklung der Kooperativen in Afrika und Asien verdient in jedem Fall die Aufmerksamkeit der Vertreter der christlichen Sozialwissenschaft und all derer, denen eine gesunde und gesicherte freiheitliche Entwicklung der Völker Asiens und Afrikas am Herzen liegt.

Ökumenische Nachrichten

Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Brasilien

Seit langem ist zu beobachten, daß sich eine missionarische Aktivität evangelischer Glaubensgemeinschaften in Lateinamerika zusammenzieht. Über Erfolg des Lutherischen Weltbundes wurde hier unlängst berichtet (vgl. ds. Jhg., S. 486). Der Reformierte Weltbund, dem 45 Millionen Gläubige zugerechnet werden, hat in diesem Jahr seine 18. Generalversammlung in der Dreimillionenstadt São Paulo, Brasilien, abgehalten, um seinerseits zur Stärkung des Protestantismus beizutragen. Sie begann am 27. Juli und schloß am 6. August. Seit der letzten Weltbundtagung in Nordamerika 1954 hat sich die Zahl der Mitgliedskirchen von rund 50 auf 76 erhöht, von denen die meisten den sogen. Jungen Kirchen in Asien und Afrika angehören, die auch in São Paulo unter den 400 Delegierten stark vertreten waren. Aus Deutschland war u. a. der Moderator D. Wilhelm Niesel erschienen. Die Leitung der Tagung lag in Händen des greisen Präsidenten Dr. John A. Mackay, zugleich Ehrenpräsident des Internationalen Missionsrates und ehemaliger Missionar in Südamerika. Es wurde zugleich das hundertjährige Bestehen der reformierten Kirche in Brasilien gefeiert, wo die Protestanten insgesamt mit 2 Millionen Seelen die stärkste Minderheit unter den südamerikanischen Staaten bilden. Als Gäste waren u. a. anwesend der südamerikanische Methodistenbischof Umberto Barbieri, einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen, und für den Lutherischen Weltbund Präses Schlieper, der die lutherischen Synoden Brasiliens vertrat und in seiner Ansprache betonte, daß in Brasilien Reformierte und Lutheraner zusammengehen müßten. Als Generalthema hatte man gewählt: „Der Herr — ein Knecht, wir — seine Knechte.“ Als brennendes Problem bezeichnete der Generalsekretär des Reformierten Weltbundes, Dr. Pradervand, der seinen Sitz in Genf hat, das Recht jeder Kirche auf volle Glaubensfreiheit. Zwar sei in manchen Ländern, besonders in Kolumbien, eine gewisse Entspannung in den Beziehungen zur katholischen Staatsreligion festzustellen, aber in Spanien würden den reformierten Gemeinden immer noch ihre elementaren Rechte vorenthalten. Als Programm des Reformierten Weltbundes nannte er die Konzentration innerhalb der noch durch Konfessionsschranken getrennten protestantischen Gemeinschaften. So begrüßte er die Verhandlungen der Anglikanischen Kirche über eine mögliche Union mit der presbyterianischen Kirche von Schottland. Präsident

Mackay, der auch der 400-Jahr-Feier der Reformation in Genf gedachte, würdigte die Tatsache, daß der Weltbund zum erstenmal seine Generalversammlung in Lateinamerika abhalten konnte, als ein Ereignis von weittragender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Protestantismus in diesem fast ganz katholischen Kontinent.

Für Glaubensfreiheit und Widerstandsrecht

Die Entschließung zum Generalthema konzentrierte sich auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Die Kirche müsse allen denen ihre Hilfe gewähren, die aus christlicher Überzeugung glauben, dem Staate Widerstand leisten zu müssen, auch wenn ihr Handeln mit der Mehrheit in Widerspruch stehe. Sie müsse ferner ihre Glieder ermutigen, auf den Ruf Christi zu sozialem und politischem Dienst zu hören. Wenn die Kirche Forderungen an den Staat stelle, so müsse sie mit ihm auch in Gerechtigkeit und Freiheit wetteifern und an Menschen aller Rassen und Stände Barmherzigkeit üben. Der Staat wird gewarnt, seine Macht in Anspruch zu nehmen, um jemanden gegen seine Überzeugung zu etwas zu zwingen. Was die Stellung der Christen zur modernen Arbeitswelt betrifft, so müsse sorgfältig darauf geachtet werden, wieweit die zur Automation gesteigerte Mechanisierung der Arbeit beim Menschen eine feindselige Einstellung zum Leben und das bittere Gefühl erweckt, dämonischen Gewalten ausgeliefert zu sein. In dieser Gefahr sei die christliche Freiheit das wahre Heilmittel.

Man muß bei dieser sehr allgemein gehaltenen Botschaft bedenken, daß die reformierten Kirchen in sehr verschiedenartigen Staaten leben, nicht nur in den USA, in der Schweiz und den Niederlanden, wo sie wie in Deutschland volle Freiheit genießen, sondern außer in den katholischen Staaten auch in der Tschechoslowakei, die übrigens durch Prof. Hromadka vertreten war, und in Ungarn, das überhaupt keine Vertreter schicken konnte, ganz zu schweigen von Südafrika, wo die Reformierten an der Macht sind und aufs schwerste gegen die elementarsten Menschenrechte der fremden Rassen verstoßen. Man weiß nicht, wieweit die Generalversammlung diese Probleme auch konkret einer Lösung näherbringen konnte. Deklamationen gegen katholische Staaten eignen sich besonders gut, um eigene innere Spannungen zu überbrücken.

Durch einmütigen Beschluß wurde der Nordamerikaner Ralph W. Lloyd zum neuen Präsidenten des Reformierten Weltbundes gewählt. Der Prager Prof. Joseph Hromadka wurde im Präsidium durch einen Vertreter der Jungen Kirchen abgelöst. Im Exekutivausschuß trat Prof. Jacobs, Münster i. Westf., an die Stelle von D. Niesel.

Organisatorischer Zusammenschluß der Jungen Kirchen in Ostasien In Kuala Lumpur, der Hauptstadt von Malaya, haben Ende Mai 180 Vertreter sogen. Junger Kirchen, d. h. Gründungen der protestantischen Missionsgesellschaften, aus 14 Ländern Asiens unter dem Vorsitz von Bischof Enrique Sobrepna, Philippinen, die „Ost-

asiatische Christliche Konferenz“ gegründet, deren Mitglieder in gleichberechtigter Partnerschaft mit den protestantischen Gemeinschaften des Westens die Aufgabe der christlichen Mission fördern wollen. Die Konferenz versteht sich als „Organ der ständigen Zusammenarbeit der Kirchen und Christenräte Ostasiens im Rahmen des Internationalen Missionsrates und des Weltrates der Kirchen“. Sie soll keine Blockbildung innerhalb der Ökumenischen Bewegung bedeuten. Die schon 1957 geplante Gründung stellt den vorläufigen Höhepunkt auf dem Wege der Jungen Kirchen Asiens zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung innerhalb der Ökumene dar. Wegbereiter dieses Zusammenschlusses war der ehemalige Ostasiensekretär des Weltrates der Kirchen und jetzige lutherische Bischof in Indien, Dr. Rajah B. Manikam, dazu der bekannte Methodistenpfarrer D. T. Niles von Ceylon und Generalsekretär U Kyaw Than. Den Verhandlungen wohnten der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, und Bischof Lesslie Newbigin, Präsident des Internationalen Missionsrates, bei, ferner als deutscher Berater Prof. Dr. Walter Freytag, Hamburg, der Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Missionsrates.

Das Laienapostolat entscheidet

Angesichts der Minderheitenstellung der Christen im asiatischen Raum wurde besonderes Gewicht auf die Entwicklung selbständiger Laienarbeit gelegt. „Die Existenz der Kirche in Ostasien hängt heute weitgehend von der Stärke des Zeugendienstes der Laien ab; sie sollte nicht das eingefrorene Kapital der institutionellen Kirche sein“, heißt es in dem Bericht, der jeden Laien anweist, das christliche Zeugnis an seinem Arbeitsplatz zu leisten. Zur Förderung dieser Laienarbeit wurden verschiedene Maßnahmen vereinbart, darunter eine „Wanderakademie“, die in allen in Frage kommenden Gebieten Asiens die Schulung geeigneter Laien übernimmt. Noch zu bildende Ausschüsse sollen besonders zur Stärkung des christlichen Zeugnisses in der Industrie, auf dem Land und in der ärztlichen Arbeit beitragen.

In Zusammenarbeit mit der Studienabteilung des Weltrates der Kirchen soll der Ausschuß für Religion und Gesellschaft u. a. Fragen der christlichen Begegnung mit dem Hinduismus, dem Buddhismus, dem Islam in Fernost und den chinesischen Religionen untersuchen. Sodann wird in der Botschaft der Konferenz der mit der Missionstätigkeit eng verbundene Fragenkomplex der Glaubensfreiheit behandelt: „Wir bekräftigen das Recht jeder erwachsenen Person, ihren Glauben frei zu bekennen und zu verbreiten oder ihre religiöse Zugehörigkeit zu wechseln. Wo die Glaubensfreiheit verweigert wird, sind auch alle anderen Rechte gefährdet.“ Eine eigene Kommission wurde mit der Wahrnehmung der internationalen Interessen der ostasiatischen Kirchen und der kirchlichen Öffentlichkeit durch die modernen Massenmedien sowie der dafür erforderlichen Bereitstellung christlicher Fachkräfte beauftragt.